

Notizen

Als einen „Seismographen für wichtige Veränderungen in Kirche und Gesellschaft“ hat der neue Vorsitzende der Unterkommission Jugend der Deutschen Bischofskonferenz, der Limburger Bischof *Franz Kamphaus*, die Unruhe der Jugend und ihre Kritik bezeichnet. Manches davon sei anstößig. Warum aber nicht, wenn der Anstoß aus dem Glauben komme. Ein christlicher Glaube, der nicht mehr anstößig sei, verrate sich schließlich selbst und stoße auch nichts mehr an. In einem Brief an die Mitarbeiter der kirchlichen Jugendverbände nannte Kamphaus die komplexe und spannungsreiche Beziehung zwischen der Erwachsenen- und Jugendwelt eine „große Herausforderung auf die Zukunft der Kirche hin“. Als Jugendbischof wolle er in erster Linie Anwalt für den notwendigen Dialog zwischen Bischöfen und Jugendlichen auf Bundesebene sein. Alles komme darauf an, daß man sich weniger um Abgrenzung oder gar Ausgrenzung bemühe als um Zusammenarbeit.

Zum Jahreswechsel 1986/87 fand das neunte von der Brüdergemeinschaft in Taizé vorbereitete europäische Jugendtreffen in London statt. 25 000 Jugendliche aus allen Teilen Westeuropas sowie aus mehreren osteuropäischen Ländern kamen dazu in die britische Hauptstadt. Der Gründer der Gemeinschaft, *Roger Schutz*, gab im Rahmen dieses Treffens die beiden Träger des Ghandi-Preises bekannt: die Filipina *Theresita Nitorreda* für ihren Einsatz für arme und arbeitslose Jugendliche sowie *Beyers Naudé*, der Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates. Mit dem Preis werden Persönlichkeiten ausgezeichnet, die sich in besonderer Weise für Frieden, Versöhnung und das Miteinander-Teilen einsetzen. Der Preis ist nicht mit finanziellen Zuwendungen verbunden.

Die Bereitschaft der katholischen Kirche Spaniens zur Zusammenarbeit mit der Regierung *González* und mit allen in den Cortes vertretenen Parteien erklärte der Vorsitzende der Spanischen Bischofskonferenz, Erzbischof *Gabino Díaz Merchán*, in einem Interview mit der Madrider Tageszeitung „Ya“. Erzbischof Díaz Merchán zeigte sich unzufrieden über die bisherigen Staat-Kirche-Beziehungen in seinem Lande. Diese würden durch „entgegengesetzte Geisteshaltungen“ erschwert. Die Beziehungen des Episkopats zur Regierung *González* seien zwar „höflich“, hätten aber bisher zu wenig praktischen Ergebnissen geführt, sondern mehr der „Vermeidung von Reibungen“ gedient. Beide Seiten müßten deshalb „ernsthafte Anstrengungen“ unternehmen, um die „gegenseitige Glaubwürdigkeit“ zu erhöhen.

Pfarrer *Michael Hoeffel* ist zum neuen Präsidenten der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in Elsaß-Lothringen nominiert worden. Pfarrer Hoeffel wird, wenn das Innenministerium den Vorschlag des Konsistoriums akzeptiert, die Nachfolge von Kirchenpräsident *André Appel* antreten. Die Evangelische Kirche Augsburgischen Bekenntnisses zählt etwa 250 000 Mitglieder, die mehrheitlich im Unterelsaß wohnen. Im Elsaß besteht daneben auch eine kleinere reformierte Kirche.

Zur „schöpferischen Zusammenarbeit“ zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften bekannte sich der Leiter des ungarischen staatlichen Kirchenamtes, Staatssekretär *Imre Miklós*, in einem Interview mit der Tageszeitung „Magyar Hirlap“. Diese Zusammenarbeit (selbstredend unter massiver staatlicher Kontrolle) werde heute, so Miklós, auch von der „entscheidenden Mehrheit“ der ungarischen Bevölkerung als selbstverständlich angesehen. Insbesondere lobte der kommunistische Kirchenamtsleiter die Tätigkeit der Kirche im Sozialsektor. Gerade dort sei das Zusammenwirken der ganzen Gesellschaft äußerst notwendig.

Nach einer von der Zeitung „Sunday Express“ in Auftrag gegebenen Umfrage, deren Ergebnisse im Dezember 1986 veröffentlicht wurden, gaben 79 Prozent der befragten Engländer an, an Gott zu glauben. Bei den 15- bis 24-jährigen beläuft sich der Anteil auf 63 Prozent. Auf die Frage nach dem Gottesdienstbesuch antworteten 36 Prozent, sie gingen nie zur Kirche, 11 Prozent, sie gingen jede Woche. 28 Prozent gaben an, täglich zu beten und 16 Prozent, ihre Kinder zum täglichen Gebet anzuhalten. 73 Prozent der Befragten gaben zu Protokoll, die Kirche solle eine Rolle im öffentlichen Leben spielen, nach Meinung von 63 Prozent soll die Church of England Staatskirche bleiben.

Die katholischen Bischöfe der USA haben offiziell zu den Ergebnissen des *lutherisch-katholischen Dialogs in den USA* Stellung genommen, der seit 1965 geführt wird und aus dem auch international beachtete gemeinsame Dokumente über Amt, Eucharistie und Primat hervorgegangen sind. In der Erklärung, die vom Ausschuß für ökumenische und interreligiöse Angelegenheiten der US-Bischofskonferenz vorgelegt wurde, werden die Ergebnisse des Dialogs gewürdigt; gleichzeitig wird festgehalten, es müßten noch Themen wie etwa das Verhältnis von Schrift und Tradition angegangen werden, bevor die Frage der Interkommunion zwischen Lutheranern und Katholiken erwogen werden könne.

Dem US-amerikanischen Jesuiten John McNeill droht wegen seiner Haltung zur Homosexualität der Ausschluß aus dem Orden. In einem Interview teilte McNeill mit, daß der Obere der New Yorker Jesuitenprovinz, *Joseph Novak*, formelle Schritte zur Eröffnung eines Ausschlußverfahrens eingeleitet habe. Bereits 1977 wurde einem Buch von McNeill zum Verhältnis von Kirche und Homosexuellen das Imprimatur entzogen. McNeill selbst war untersagt worden, sich öffentlich zu diesem Thema zu äußern. Im Oktober stellte Jesuitengeneral *Peter-Hans Kolvenbach* McNeill vor die Alternative, seine Arbeit mit Homosexuellen aufzugeben oder aus dem Orden ausgeschlossen zu werden. „Als Jesuit und Priester, als Moraltheologe, als Psychotherapeut, als jemand, der selbst Homosexueller ist, und als Mensch“ könne er jedoch nicht mit gutem Gewissen dieser Aufforderung nachkommen, meinte McNeill.

Sieben mexikanische Bischöfe im Bundesstaat Veracruz haben die Regierung Mexikos aufgefordert, den Bau des ersten Kernkraftwerks des Landes zu stoppen. Das Kernkraftwerk in Laguna Verde ist seit 1969 im Bau, 1987 ist die Fertigstellung geplant. In einer Botschaft zum Jahresende wiesen die Bischöfe darauf hin, daß es in Ländern mit hoch entwickelter Technologie und hohen Sicherheitsstandards Unfälle in Kernkraftwerken gegeben habe. Die mexikanische Regierung solle dem Beispiel der Länder folgen, die wegen der zu großen Risiken auf die Nutzung der Kernenergie verzichteten.

Anfang Dezember hat der Präsident *Kenias, Daniel Arap Moi*, eine Verfassungsänderung (bei formeller, fast einstimmiger Zustimmung des Parlaments) verfügt, die ihn praktisch zum Alleinherrscher des Landes macht. Das Amt des Regierungschefs wurde abgeschafft, Justiz und Finanzverwaltung verloren ihre Unabhängigkeit gegenüber dem Staatspräsidenten und der ihnen zugeordneten Einheitspartei KANU. Die Kirchen haben die Veränderungen mit Sorge registriert. Die katholischen Bischöfe warnten noch im Vorfeld der Verfassungsänderung vor der „totalitären Rolle“ der Einheitspartei und beklagten die Einschränkung freier Meinungsäußerung. Bisher galt das politische Klima in Kenia als relativ liberal (nach afrikanischen Maßstäben) und die Politik des Präsidenten – er selbst gehört einer protestantischen Freikirche an – als (vereinnahmend) kirchenfreundlich. Beides könnte sich in nächster Zeit ändern.

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegt das Jahresregister 1986 bei.